

Kleine Anfrage 3284

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

an die Landesregierung

Mülldeponie in Altlandsberg

In Altlandsberg-West ist eine illegale Müllkippe seit der Nachwendezeit ein großes Ärgernis für die Anwohner. Das betrifft in der Flur 21 die Flurstücke 716, 717, 718 und 719. Seit der Wende wurden auf dem Gelände einer ehemaligen LPG Abfälle entsorgt. Nach dem Verkauf der Flurstücke entstand darüber hinaus ein nicht genehmigtes Lager für Altreifen. Diese wurden durch Mitarbeiter dort zeitweilig agierender Firmen sortiert und teilweise als Wirtschaftsgut angeblich nach Polen veräußert. Im Jahre 2008 kam es in dieser Reifendeponie zu einem Großbrand. Mindestens der damals brennende Bereich der Reifen wurde zur Brandeindämmung mit Erde abgedeckt, eine nachvollziehbare Maßnahme.

Trotzdem sind damals noch ca. 500-600 t nichtangebrannte Reifen offen liegen geblieben und einer Verrottung ausgesetzt. Diese, und die seinerzeit mit Erde abgedeckten, lagern dort heute noch. Brandgassen sind mittlerweile zugewachsen und mit weiteren, teils gefährlichen Abfällen und Unrat verschüttet. Stallungen sind verfallen. Ein Teil der Flurstücke war eingezäunt. Die Zaunanlage wurde zum Zweck weiterer Ablagerungen und illegaler gewerblichen Nutzung zerstört. Insgesamt sind die Lagerflächen nicht gesichert.

1993 kaufte Herr B. das Gelände und errichtete dort eine Spedition, legte eine Privatstraße an über die später 40-Tonner Altreifen anfahren. Er schloss einen Pachtvertrag ab. Es gab dann noch weitere Eigentümerwechsel und Auflassungsvormerkungen.

Ein ungehinderter Zugang für Personen und Fahrzeuge ist gegeben. Das wurde und wird auch „genutzt“. Inzwischen befinden sich dort zusätzlich die auf wilden Müllkippen typischen und oft umweltgefährdenden Abfälle. Das Gelände ist inzwischen mit Wildwuchs bestanden, daher schwer einsehbar und im Gefahrenfalle für Rettungskräfte schwer überall erreichbar. Das ist sicher auch einer der Gründe, dass die Anwohner ihr Brunnenwasser nicht mehr für Trinkzwecke nutzen.

Zwischenzeitlich gab es auch einige behördliche Anstrengungen mit Ordnungsmaßnahmen (1999, 2006, 2009), die jedoch zu keiner Änderung dieser Situation geführt haben. So wurde gegen Herrn H., einem Bauunternehmer, ein Ordnungsverfahren eingeleitet. Ab dem 20.04.1999 bis 2001 war eine Zwangsverwaltung gegeben. Seit 2005 sind 3 Personen, darunter ebenfalls ein Bauunternehmer, im Grundbuch eingetragen. Dort sind auch weitere Hypotheken zu finden. Also sind Eigentümer bekannt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung diese geschilderte Situation bekannt?
2. Ist auf diesem Gelände noch ein Unternehmen gemeldet?
3. Sind von damaligen Nutzerfirmen Sicherheitsleistungen hinterlegt worden?
4. Gibt es für dieses Areal noch gültige Genehmigungen zur Ablagerung diverser Materialien?
5. Wer übernahm seinerzeit die Kosten in Höhe von ca. 54 T€, die durch die Bekämpfung des Großbrandes entstanden waren?
6. Warum sind die zwischenzeitlich angestrebten Ordnungsverfahren ergebnislos verlaufen?
7. Was gedenken die zuständigen Behörden kurzfristig zur Beseitigung dieser illegalen Müllkippe zu unternehmen?
8. Ist es denkbar, dass es zu einer Bereicherung durch den Bauträger kommt, wenn der Steuerzahler durch das Land die Entsorgung finanziert?

Anlage/n:

1. Anlage 1
2. Anlage 2
3. Anlage 3
4. Anlage 4
5. Anlage 5
6. Anlage 6











